

Christoph Gusy (Hrsg.)

Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit



Nomos

'Moscow is making war on England'. Politische Ängste und antidemokratische Konzepte britischer Eliten in der Zwischenkriegszeit

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Vorgeschichte: Parlamentsreform als Verfassungsreform
- 3 Die autoritäre Versuchung: Ökonomische Krise und kommunistische Bedrohungsszenarien
- 4 Der matte Glanz der Diktatur
- 5 Reformfähigkeit der parlamentarischen Monarchie

1 Einführung

Sie ist die große Unsichtbare unter den Verfassungen. Kein Museum kann sich rühmen, eine Verfassungsurkunde auszustellen, Schulkinder müssen ihre Präambel nicht auswendig lernen, es gibt keinen Feiertag, an dem Politiker einen Habermas'schen Verfassungspatriotismus beschwören. Laut Tocqueville existiert sie nicht. Selbst Königin Elisabeth II. glaubt nur bedingt an ihre Existenz: „The British Constitution has always been puzzling and always will be.“¹ Nicht einmal die Frage ist geklärt, ob sie als englische oder britische Verfassung zu bezeichnen ist.²

Tatsächlich kann man nicht ein kontinentales Verfassungsverständnis ansetzen, wenn man den englischen Fall untersuchen will. Während Frankreich

¹ The Queen, zitiert in P. Hennessy, *The Hidden Wiring*, 1995, S. 33. Siehe zu dieser Frage auch E. Barendt, 'Is there a United Kingdom Constitution?', *Oxford Journal of Legal Studies* (1997), 137 und N. MacCormick, 'Does the United Kingdom have a Constitution?', *Modern Law Review* (1978). Neben Großbritannien haben auch Neuseeland und Israel keine geschriebenen Verfassungen.

² Siehe zu der Problematik Schottlands J. Jacob, *Constitutional Law Reform: Inside the Motor*, in: P. Catterall/W. Kaiser/U. Walton-Jordan (Hg.), *Reforming the constitution: debates in twentieth-century Britain*, 2000, S. 72.

und Nordamerika Verfassungen schufen, um eine Monarchie für alle Zeiten zu verhindern, haben Befreiungsschläge dieser Art in Großbritannien nie stattgefunden: „To anyone familiar with the legislative apparatus of France, Germany and Italy the body of English substantive law (and the Constitution) must inevitably present, by comparison, an aspect which can best be compared to that of the Chinese language; picturesque, replete with historical and logical interest, an engaging subject for scholarship, no doubt, but profuse, intricate, frequently lacking in order and rational discipline, inconveniently unbusinesslike, and not infrequently unjust, to a degree which seems barely credible.“³

Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass fern vom Kontinent eine völlig andere politische Kultur herrschte, in der seit dem 17. Jahrhundert und der Stärkung des Parlaments die Machtsphären klar markiert waren.⁴ Die wahren Herrscher der Insel – die property owners – hatten kein Interesse daran, ihre Macht schriftlich festzulegen. Britische Frühneuzeithistoriker könnten dies ihren Kollegen aus der Politologie erklären, die – auf Walter Bagehots Spuren wandelnd – bis heute versuchen, die gewachsenen Verhältnisse in Theorien zu sperren.⁵

Die Fragestellung dieses Bandes nach 'Verfassungsentwicklungen' in der Zwischenkriegszeit ist, wenn man sie also wörtlich nimmt, schwer zu behandeln. Wenn man jedoch 'constitution' durch 'form of government' ersetzt, könnte man hoffen, etwas Nützliches beizutragen. Seit dem späten 16. Jahrhundert werden die Begriffe government, constitution und fundamental laws immer häufiger nebeneinander benutzt.⁶ Doch auch wenn wir unter constitution eine 'form of government' verstehen, sind wir mit einem neuen Problem konfrontiert: Entscheidende Veränderungen auf diesem Gebiet fanden in Großbritannien nicht in der Zwischenkriegszeit, sondern vor dem Ersten Weltkrieg statt: „According to the conventional wisdom, constitutio-

³ Jacob zitiert hier Sir Maurice Amos. J. Jacob (Fn. 2), S. 74 f.

⁴ Auch Cromwells 1653 geschriebene Verfassung nannte sich nicht 'constitution' sondern 'The Government of the Commonwealth of England, Scotland, and Ireland, and the dominions thereunto belonging'.

⁵ Ein Beispiel hierfür V. Bogdanor (Hg.), *The British Constitution in the Twentieth Century*, 2003. P. Smith (Hg.), *Walter Bagehot: the English constitution*, 2001; Bagehot wiederum bezog sich auf R. Acherley, *The Britannic Constitution: or the Fundamental Form of Government in Britain*, 1727.

⁶ Siehe hierzu den Beitrag von H. Mohlhaupt, *Verfassung I*, in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 6, 2004, S. 846.

nal reform was seen as a nineteenth century' issue."⁷ Wenn man von einem langen 19. Jahrhundert ausgeht, dann endete der Verfassungsdiskurs erst mit dem Weltkrieg.

2 Vorgeschichte: Parlamentsreform als Verfassungsreform

Seit der Jahrhundertwende war der Whig'sche Fortschrittsoptimismus im Schwinden.⁸ Jede beliebige Exportfirma schien effizienter organisiert zu sein als das überforderte House of Commons, das darüber hinaus von einem konservativ dominierten House of Lords gegängelt wurde. Die lange Gartenparty des edwardianischen Zeitalters erlebte immer lauter werdende Störaktionen von ungebetenen Gästen, die mehr soziale Gerechtigkeit, 'electoral justice', das Frauenwahlrecht und – wieder einmal – eine Lösung für Irland forderten: „radicalism offered themes still highly relevant: a strong and influential critique of the aristocratic and undemocratic features of the British system.“⁹

Für die englische Führungsschicht galten die Jahre von 1880 bis 1914, mit schwellenden politischen Unruhen und den Auswirkungen der landwirtschaftlichen Depression als *anni horribili*. Bis auf die Irlandfrage, die erst 1921-22 zu einem vorübergehenden Abschluss kam, erreichte man vor 1914 eine teilweise Deeskalation: soziale Reformen und das Parlamentsgesetz von 1911, welches eine sukzessive Entmachtung des House of Lords einleitete,¹⁰ sedierte für eine Weile kritische Elemente in der britischen Gesellschaft. Der Krieg erschwerte jede weitere Opposition – seit 1916 regierte Premier Lloyd George mit fast diktatorischen Ausnahmevollmachten. Auch wenn der spätere Völkerbundsmitbegründer Lord Cecil of Chelwood gegen Kriegsende glaubte, die Kritik an den Führungsschichten lebe wieder auf („it looks as if we shall be precious near a Revolution before long“¹¹), so

⁷ A. Chadwick, *Augmenting democracy: political movements and constitutional reform during the rise of Labour, 1900-1924*, 1999, S. 205.

⁸ Siehe zu den Reform Acts von 1867 und 1884 R. Blake, *The Development of the British Parliamentary System 1861-1901*, in: A. Birke/K. Kluxen (Hg.), *Deutscher und Britischer Parlamentarismus*, 1985, S. 107 ff.

⁹ A. Chadwick (Fn. 7), S. 213.

¹⁰ H. Fenske, *Der Moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Geschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert*, 2001, S. 251.

¹¹ Lord Cecil an seine Frau, 4.9.1918, Lord Cecil of Chelwood Papers CHE 6/1-164. Hatfield House Archives. Siehe auch seine Papiere in der British Library: „It may

führte der Waffenstillstand zur 'inneren Sicherheit'. Frauen bekamen ihr Wahlrecht und wählten, anders als von Lord Cecil befürchtet, seine Partei, die Konservativen.¹² Darüber hinaus konnte er selbst bei den Vertragsverhandlungen in Versailles miterleben, wie die Siegnation Großbritannien profitierte – das Empire erreichte seine letzte große Ausdehnung.¹³ In diesem Klima hatten Verfassungsänderungen keine Priorität: „While the first twenty years of the twentieth century proved to be a period of considerable constitutional change, they were to be followed by a period of constitutional quiescence which lasted until the 1970s,“ so der Politologe Vernon Bogdanor.¹⁴

Natürlich machte man sich auch in der Zwischenkriegszeit Gedanken über die *Interpretation* der Verfassung. Während der linksstehende Harold Laski sie kritisch sezierte,¹⁵ feierte Leo Amery, der führende Denker der Tory Party, die Verfassung als eine Balance zwischen zwei „independent elements – the Crown and the People.“¹⁶ Dies waren jedoch kaum originelle Interpretationen, die folglich keine weiteren Auswirkungen hatten.

War Großbritannien in der Zwischenkriegszeit also eine politisch stabile Insel, weit ab von den autoritären Staatsformen, die auf dem Kontinent langsam die Oberhand gewannen? Man könnte argumentieren, dass es – gerade *weil* in den 20er Jahren eine Stagnation einsetzte – immer wieder in der britischen Gesellschaft gäerte. Die *Abwesenheit* von Veränderungen wurde durchaus als Manko empfunden und trieb 'Angstblüten' verschiedenster Art.

well be that when the war is over, we shall only be at the beginning of our troubles.“ Add 51102, British Library. Allgemein K. Rose, *The later Cecils*, 1975, S. 127 ff.

¹² A. J. P. Taylor, *English History 1914-1945*, 1965, S. 332.

¹³ Zuletzt: M. MacMillan, *Paris 1919: Six Months that changed the World*, 2002.

¹⁴ V. Bogdanor, *Introduction*, in: ders. (Hg.) (Fn. 5), S. 5. Die Krise um die Abdankung Edwards VIII 1936 blieb letztendlich ohne Auswirkungen. F. Hardie, *The King and the constitutional crisis*, *History Today* 20 (1970).

¹⁵ Seine Thesen hierzu erschienen jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. H. Laski, *Reflections on the Constitution*, 1951.

¹⁶ L. Amery, *Thoughts on the Constitution*, 1947, S. 71.

3 Die autoritäre Versuchung: Ökonomische Krise und kommunistische Bedrohungsszenarien

Schon unmittelbar nach dem Krieg herrschte die Furcht, dass Landbesitz von Premier Lloyd George nationalisiert werden würde.¹⁷ Darüber hinaus waren die Pachteinahmen stark gefallen, immer mehr große Landbesitzer schienen dem wirtschaftlichen Druck nicht mehr standzuhalten. Die *Estate Gazette* meldete 1921, dass „ $\frac{1}{4}$ of England has changed hands“. F.M.L. Thompson schloss daraus, dass eine soziale Revolution des Landbesitzes stattgefunden habe, der größte Transfer seit dem 16. Jahrhundert. Thompsons Forschungen sind jüngst von John Beckett and Michael Turner revidiert worden. Beckett argumentiert, dass bis heute Zahlen schwer zu verifizieren und Berichte der *Estate Gazette* oder der *Times* im politischen Kontext der Zeit zu sehen seien. Überschriften wie „Duke of Portland is selling his estates“ führen zu Verwirrungen, denn nur eine kleine, häufig unbedeutende Anzahl von estates wurde verkauft und nicht – wie einige Zeitungen mutmaßten – an 'Kriegsgewinnler', sondern an Pächter, die auf diesem Besitz schon seit Generationen gearbeitet hatten. Der Höhepunkt der Verkäufe fand um 1919 statt, 1921 war er wieder um ein Drittel gesunken. Der Markt hatte sich also relativ schnell normalisiert. Doch die 'gefühlte Kälte' blieb in der britischen Oberschicht weiterhin vorhanden. Die Herzogin von Westminster schrieb in ihren Memoiren: „From time to time I wrote cheerfully in my diary that we seemed to be on the brink of a bloody revolution.“¹⁸ Derartige Ängste finden sich in vielen zeitgenössischen Tagebüchern ihrer Standesgenossen. Die Frage stellt sich: Wie irrational waren diese Gefühle?

Erfahrungen mit revolutionären Bewegungen hatte man in Großbritannien nur aus zweiter Hand. Es gab hierbei zwei Rezeptionswege: für das Gros der Bevölkerung über die Presse, für die Elite durch alte Freundschafts- und Verwandtschaftsnetzwerke zum Kontinent. Geschichten über Bela Kuns Umtriebe in Ungarn erschreckten britische Eliten ebenso wie Revolutionsberichte aus Berlin. Dass der Bolschewismus sich nicht in Deutschland ausbreiten dürfe, war für den oben erwähnten Lord Cecil eine der wichtigsten Triebfedern seiner politischen Arbeit. Doch neben diesen gesamteuropäischen Ängsten führten nationale Bedrohungsszenarien zu einer sehr viel

¹⁷ G. R. Rubin, *Private Property, government requisition and the constitution, 1914-1927*, 1994.

¹⁸ L. Lindsay, *Grace and Favour. The Memoirs of Loelia, Duchess of Westminster*, 1961, S. 123.

stärkeren Beunruhigung. Während in Deutschland nach Kriegsende die Furcht vor dem Bolschewismus ein innenpolitisches Problem war, verhielt es sich in Großbritannien genau umgekehrt, hier wurde der Bolschewismus zu einer außenpolitischen Gefahr.¹⁹ Es war vor allem diese Gefahr, die noch vor der Appeasementpolitik der 30er Jahre eine Unterstützung autoritärer und faschistischer Regime durch Teile der englischen Elite mitbedingte. Die Sowjetunion bedrohte Großbritannien an seiner stärksten und schwächsten Stelle zugleich – dem Empire. Während in Deutschland die Diskussionen in der Zwischenkriegszeit den Staat betrafen, drehten sie sich in England in erster Linie um das Empire. Eine bolschewistische Unterwanderung zeigte sich zuerst in China, das zwar nicht formell Teil des Empires war, aber nach Indien Großbritanniens wichtigster Handelsraum.²⁰ In China baute die Comintern seit 1925 eine kommunistische Partei auf mit dem Ziel, den Kampf gegen den Westen zu organisieren. Die Vorgehensweise der Sowjetunion war darauf ausgerichtet, eine Destabilisierung der internationalen Ordnung herbeizuführen: „There had not been such a wholesale threat to the integrity and customs of the European states system – commonly proclaimed as Western civilization – since the revolution in France of 1789.“²¹ Die *Times* wie die *Morning Post* berichteten ausführlich über Unterwanderungsbestrebungen und kamen zu dem Ergebnis: „Moscow (...) is making war on England.“²² Einflussreiche Politiker teilten diese Meinung. Schon 1920 hatte der britische Außenminister Lord Curzon geklagt: „(the Foreign Office) sees itself expected to enter relations with a State (die Sowjetunion) which makes no secret of its intention to overthrow our institutions everywhere and to destroy our prestige and authority particularly in Asia.“²³ Obwohl vorübergehend russisch-englische Handelsbeziehungen etabliert wurden und damit

¹⁹ Siehe hierzu K. Urbach, *Age of no Extremes? The British Aristocracy, the House of Lords and the Mosley Movement*, in: K. Urbach (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, 2007, S. 58.

²⁰ Die *Morning Post* berichtete aus diesem Grund über jede bedrohliche Meldung aus China: „(There is) overwhelming evidence that the Soviet Union is deeply involved in plots to overthrow law and order in North China.“ *Injured Innocence, The Morning Post*, 9.4.1927, S. 9.

²¹ J. Haslam, *Chill Shadow*, i. E., S. 2.

²² *Morning Post*, 13.1.27. Die *Times* beschrieb es als „an attempt to organize the Orient against Western capitalist civilization.“ *The Times*, 4.2.1925, zitiert in J. Haslam (Fn. 21), S. 5.

²³ Cabinet Meeting 14.11.1920. Zitiert in: R. H. Ullman, *The Anglo-Soviet Accord. Anglo-Soviet Relations 1917-1921*, Bd. 3, 1972, S. 412.

die Sowjetunion faktisch anerkannt war,²⁴ wuchs die Kritik an der 'schwächlich' agierenden britischen Regierung, welche das Empire nicht stark genug zu verteidigen schien. Befriedung setzte erst wieder ein, als es 1927 zu einem Abbruch der Beziehungen kam.

Der General Strike von 1926 hatte in der Zwischenzeit die Angst vor bolschewistischer Infiltration noch verstärkt.²⁵ Für die britischen Eliten schien es evident, dass die eigene Arbeiterklasse von Moskau unterwandert werden sollte. Tatsächlich war der Streik von der Sowjetunion unterstützt worden, auch wenn russische Funktionäre dies weit von sich wiesen: „The aid to the British miners came entirely from Soviet Trade Unions from voluntary collections by the workers. (...) The Government had sent no money to Great Britain from the Treasury. The Soviet Government could not be blamed for the sympathies which the toilers of the Soviet Union had manifested towards the British miners during the strike.“²⁶ Dass es in der Sowjetunion keine spontanen Sammelaktionen gab, war schon damals bekannt, und der liberale Manchester Guardian zitierte Churchills Kampfansage an Moskau: „On one thing I have not even a doubt, namely that in the struggle with communism we shall succeed in strangling it.“²⁷ Eine Alternative sah Churchill in Italien. Mussolini gefiel nicht nur den Damen der britischen Oberschicht, wie Anthony Eden süffisant in seinen Memoiren anmerkte. Auch Churchill erblickte im Duce zeitweise eine interessante Variante der charismatischen Herrschaft: „I will (...) say a word on an international aspect of Fascism. Externally your (Mussolini's) movement has rendered service to the whole world. The great fear which has always beset every democratic leader or a working class leader has been that of being undermined or overbid by someone more extreme than he. Italy has shown that there is a way of fighting the subversive forces (...). She has provided the necessary

²⁴ 1921 unterschrieben die Briten ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion, was de facto der Beginn von diplomatischen Beziehungen bedeutete.

²⁵ Diese Entwicklung ist von Adrian Gregory jüngst trivialisiert worden. A. Gregory, Peculiarities of the English? War, Violence and Politics: 1900-1930, Journal of Modern European History. Violence and Society after the First World War, Vol. 1/2003/1, 44 ff.

²⁶ Der President des Council of Commissars, Rykoff, verteidigt hier die Position der Sowjetunion. Zitiert in: Soviet Relations with Britain, The Morning Post, 20.4.1927, S. 11.

²⁷ Zitiert in Manchester Guardian 21.1.1927.

antidote to the Russian poison. Hereafter no great nation will be unprovided with an ultimate means against the cancerous growth of Bolshevism.“²⁸

4 Der matte Glanz der Diktatur

Dass der Faschismus als Reaktion auf den Bolschewismus Zulauf fand, wurde schon lange vor Ernst Nolte von der Comintern selbst festgestellt. Doch es wäre falsch, dies als einzige Erklärung für den Rechtsruck britischer Eliten zu sehen. Andreas Wirsching hat am Beispiel Frankreich gezeigt, dass dort die Wurzeln der radikalen Rechten schon vor 1914 lagen.²⁹ In Großbritannien gab es ein vergleichbares, wenn auch weniger starkes Phänomen. Hier propagierten Empire League und Diehards vor dem Ersten Weltkrieg eine nationale und militärische Erweckung, kämpften gegen die House of Lords Reformen und versuchten, Home Rule für Irland zu verhindern. Ihr politischer Hauptfeind war damals der aufsteigende Sozialismus: „a poisonous weed of huge proportions, destroying our national defences and warping the strength of the nation (...) Socialism narcotic like has drugged the spirits of patriotism into a forced slumber.“³⁰ Aus den Diehards und ihren Nachfolgern wurden nach dem Krieg häufig Anhänger von radikalen rechten Ideen und Organisationen.³¹ Auch in England existierten 'Blut und Boden'-Ideologen, die Vereine wie das English Mistery unterstützten. Hier glaubten Antisemiten und Reaktionäre wie Anthony Ludovici oder Viscount Lymington an eine „organic society, (...) a holistic, unitary, racially pure body“.³² Die Nationalsozialisten setzten übertriebene Hoffnungen auf sie. In einem Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin über „politische Er-

²⁸ Rede gehalten am 20.1.1927 in Rom. U.a. wiedergegeben in Home Office Akten: HO 45/24893, National Archives London. Die neueste Literatur über den britischen Faschismus zusammenfassend: M. Pugh, Hurrah for the Blackshirts! Fascists and Fascism in Britain between the Wars, 2005.

²⁹ A. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, 1999.

³⁰ Zitiert in: G. D. Phillips, The Diehards. Aristocratic Society and Politics in Edwardian England, 1979, S. 90.

³¹ Siehe hierzu W. D. Rubinstein, 'Henry Page Croft and the National Party, 1917-22', Journal of Contemporary History, IX 1974, 129-148.

³² R. Moore-Colyer, 'Towards 'Mother Earth': Jorian Jenks, Organicism, the Right and the British Union of Fascists, Journal of Contemporary History, Vol. 39 Number 3, July 2004, 354, 148 ff. D. Stone, Responses to Nazism in Britain, 1933-1939. Before War and Holocaust, 2003, S. 149.

neuerungsbestrebungen im Sinne autoritärer Staatsführung“ von 1934 heißt es: „Hinter den Kulissen hält sich eine Vereinigung (bereit), die den Namen the English Mistery trägt. Sie ist ausgesprochen anti-parlamentarisch eingestellt. Sie vereinigt in sich eine Anzahl von Leuten aus der politisch interessierten Oberschicht, darunter zahlreiche Mitglieder des Oberhauses. Lord Lleydm, in dem manche Leute das Haupt einer künftigen autoritären Regierung sehen, soll der Vereinigung angehören. Außer Mitgliedern aus aristokratischen Kreisen zählt das English Mistery (...) auch solche aus Industriekreisen. Maßgebliche Leute sind Lord Trenchard (Chef der Gross-Londoner Polizei), Lymington und Lord Lloyd. Sie haben nicht einen Führer, aber vielleicht ein Direktorium von Führern.“³³

Mosley selbst war nur kurzzeitig an dieser Bewegung interessiert. Er speiste seine Ideen für einen neuen Staat aus einer anderen Mixtur. Als ehemaliger Frontkämpfer griff er ein Gefühl auf, welches viele Kriegsheimkehrer bewegte. Sie rebellierten gegen die alten Honoratioren, die diesen Krieg über ihre Generation gebracht hatten und nun unfähig schienen, das Nachkriegsengland zu reformieren: Ihr ökonomisches laissez-faire und ihre Unterstützung des parlamentarischen Stillstands schienen Großbritannien in eine Sackgasse geführt zu haben.³⁴ Am Beispiel Mosley kann man sehr gut die Generationenthematik untersuchen, die in Großbritannien eine andere Rolle spielte als in Deutschland. Während die Engländer ihre Generationenkonflikte mit den ‚old men‘ austrugen, gab es in Deutschland eine sehr viel geringere Ablehnung der Vorkriegsgeneration. Hier vollzog man eine ‚völkische Wende‘, um gemeinsam die Krise der nationalen Identität zu überwinden. Mosleys Generationenappell war nur ein Aspekt seines Erfolges, auch seine wirtschaftlichen Konzepte entsprachen dem allgemeinen Zeitgeist. Er propagierte einen ökonomischen Aufschwung durch staatliche Regulierung und Schaffung eines autarken protektionistischen Handelsblocks, der Großbritannien und sein Empire einschließen sollte. Diese Ideen waren nicht faschistisch und wurden von einer Reihe von Ökonomen der Zwischenkriegszeit geteilt. Auch Konservative wie Amery und Macmillan waren der Ansicht, dass eine Form von Planwirtschaft für Großbritannien notwendig sei.³⁵ Was Mosleys Konzept letztendlich faschistisch werden ließ, war die Vorstellung, dass eine Einparteien-Diktatur diese Maßnahmen

³³ 'Bericht über politische Erneuerungsbestrebungen im Sinne autoritärer Staatsführung,' Pol. 29 77175. 2.5.1934, Auswärtiges Amt Archiv, Berlin.

³⁴ A. Bauerkämper, Die 'radikale Rechte' in Großbritannien, 1991, S. 180 ff.

³⁵ A. J. P. Taylor (Fn. 12), S. 439.

durchsetzen sollte. Seine Vision eines neuen Britanniens sah vor, das Parlament durch eine korporative Versammlung zu ersetzen, dessen Mitglieder nicht aus Politikern, sondern einer Managerelite bestehen würde. Sie sollten, sobald sie an die Macht kamen (wobei nicht ganz klar war, ob diese Macht mit Gewalt erreicht werden sollte), zuerst einmal durch Notstandsgesetze regieren.

5 Reformfähigkeit der parlamentarischen Monarchie

Ein Grund, warum seine British Union of Fascists nach anfänglichem Zulauf in den Jahren 1933 und '34 letztendlich doch nicht an Boden gewann, war die Tatsache, dass die Idee eines starken Staates in England nicht durchsetzbar war. Mosley hätte demnach nicht auf die Infrastruktur eines potenten Militär- und Beamtenstaates aufbauen können.

Darüber hinaus vermittelte Baldwins zweite Regierung, die mittelständischer nicht hätte sein können, den Wählern das Gefühl von wachsender Sicherheit und Hoffnung – auch wenn diese Regierung die sozio-ökonomischen Probleme nicht langfristig lösen konnte und Labour erst 1945 überfällige Reformen durchführte. In abgeschwächter Form setzte Baldwin auch Teile von Mosleys Forderungen um: Es kam zu einer Einschränkung des ökonomischen laissez-faire, das Empire erhielt bevorzugte Handelsverträge und die britische Landwirtschaft wurde stärker geschützt. 1934 kam Neville Chamberlain, ein eifriger Leser von Charles Dickens, zu dem Schluss, dass England nicht mehr mit Romanen wie 'Bleak House' zu vergleichen wäre, sondern mit den 'Great Expectations': „Broadly speaking, we may say that we have recovered in this country 80 per cent of our prosperity.“³⁶ Der Leidensdruck war nicht stark genug für eine politische Radikalisierung breiter Schichten.

Verfassungsentwicklungen fanden in dieser Zeit nur im Empire statt. Wenn man den Hansard über die House of Commons-Debatten von 1931-34 durchliest, steht das Thema Indien und die Frage, ob es einen Dominion Status bekommen soll, im Mittelpunkt. Man könnte also sagen, dass Verfassungsfragen exportiert wurden, sie betrafen in der Zwischenkriegszeit nicht das Mutterland selbst, sondern Irland und das gesamte Empire.³⁷

³⁶ A. J. P. Taylor (Fn. 12), S. 435.

³⁷ Siehe hierzu R. Holland, Britain, Commonwealth and the End of Empire, in: V. Bogdanor (Hg.) (Fn. 5), S. 631 ff. Sowie L. le Marchant Minty, Constitutional laws of

Das 'Zeitalter der Ideologien' ging nicht spurlos an Großbritannien vorbei. Doch zu einer wirklichen Herrschaftskrise kam es letztendlich nicht. Zu stark waren die Institutionen, zu stark war die Monarchie als Identifikationsfaktor, der letztendlich keinen Raum für andere charismatische Führerfiguren ließ. Trotz des Flirts mit autoritären Ideen schien es für die alten Eliten sinnvoller, Konformität zu zeigen. Sie wussten wann es nötig wurde Reformzugeständnisse zu machen um ihre gesellschaftlichen Legitimität, Responsivität und das in sie gesetzte Vertrauen nicht zu verlieren.

Die kontinentale Tendenz zu autoritären Regimen wurde von der Mehrheit der Bevölkerung nur mit einem schielenden Auge wahrgenommen. In Europa mochten sie durchaus ihre Berechtigung haben, stellten sogar ein nützliches Bollwerk gegen den Kommunismus dar. In Großbritannien jedoch waren sie nicht durchsetzbar.

Dass Großbritannien kein autoritäres Regime wurde, lag sicher nicht daran, dass es keine geschriebene Verfassung besitzt. Im Gegenteil, dieser Umstand hätte leicht zu Missbrauch führen können. Der 'präsidiale Stil' Tony Blairs, der jeder Zeit Truppen in einen Krieg schicken kann, ohne die Zustimmung des Parlaments einzuholen, hat dies erst jüngst gezeigt. Eine geschriebene Verfassung könnte eine derartige Machtfülle verhindern. Der neue Premier Gordon Brown hat sich bereits als Verfechter dieser Idee positioniert. Die Sunday Times meldete schon vor seinem Amtsantritt: „(Brown) hopes that a written constitution will, for the first time, define the rights of individuals while clearly setting limits for the power of government, the monarchy and the judiciary.“³⁸ Es bleibt abzuwarten, ob die Verfassungsgeschichte Großbritanniens bald neu geschrieben werden muss.

the British Empire, 1928; D. W. Harkness, The Restless Dominion: The Irish Free State and the British Commonwealth of Nations, 1921-31, 1969.

³⁸ The Sunday Times, 21.01.2007, S. 2. Hiermit würden Asquith Befürchtungen von 1909 - 100 Jahre später - Realität werden. Damals pries er die Vorzüge einer ungeschriebenen Verfassung „although some signs in the sky would seem to portend that this happy state is not long to last.“ Asquith zitiert in: P. Catterall, A Question of Balances? The Debates about the British Constitution in the Twentieth Century, in: U. Jordan/W. Kaiser (Hg.), Political Reform in Britain, 1886-1996. Themes, ideas, policies, 1997, S. 29. Kritik an Browns Plänen wird von Historikern wie Andrew Roberts geübt. Siehe hierzu u.a. das Streitgespräch zwischen dem Politologen V. Bogdanor, Befürworter einer Verfassung, und A. Roberts in der BBC, Today Programme, BBC Radio Four, 16.05.2007.

Vom endgültigen Durchbruch der parlamentarischen Demokratie bis zu den Anfängen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats – Nordeuropa in der Zwischenkriegszeit

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit
- 3 Das Parteiensystem
- 4 Nordland-Sozialismus?
- 5 Gefahr von rechts auch im Norden?
- 6 Krisenpolitik als dynamische Systemstabilisierung

1 Einleitung

Innerhalb der Geschichte Europas bilden die skandinavischen Länder einschließlich Finnlands eine in vielerlei Hinsicht klar abgrenzbare, für eine spezielle vergleichende Betrachtung gut geeignete Gruppe; das gilt für das 20. Jahrhundert – und namentlich auch die Zwischenkriegszeit – noch mehr als für das 18. und 19. Jahrhundert. Zu den spezifischen Voraussetzungen der Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems um und nach 1900 gehörte eine lange und fest verankerte Rechtsstaatstradition (die Meinungsfreiheit früh einschließend) und daneben eine bestimmte Variante quasi „westlichen“ theologischen und philosophischen Denkens, die vor allem auf lebenspraktische Erfahrungen abhob und mit einem naturrechtlichen Gesellschafts- bzw. Staatsverständnis konnotiert war.

Einer traditionell starken Rechtsstellung der Bauernschaft, mit teilweiser Ausnahme Dänemarks, wo sich bis zu den Agrarreformen um 1800 eine mildere Form der Gutsherrschaft etablierte, entsprach – wiederum mit Variationen – ein zahlenmäßig und sozial schwacher Adel; in Norwegen war ein solcher schon während des 17. und 18. Jahrhunderts kaum noch vorhanden. Das Königtum begründete den Glauben an einen guten und freundlichen Staat, einen Staat, der die Bauern gegen Übergriffe von Gutsbesitzern und

Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat

In Verbindung mit
Dieter Grimm, Eric Hilgendorf, Joachim Hruschka,
Hermann Klenner, Ernst-Joachim Lampe, Stefan Oeter,
Manfred Reh binder, Johannes Roggenhofer,
Hubert Rottleuthner, Rüdiger Schott

herausgegeben von
Werner Maihofer, Gerhard Sprenger und Winfried Brugger

Band 45

Christoph Gusy (Hrsg.)

**Demokratie in der Krise:
Europa in der Zwischenkriegszeit**



Nomos

Die Interdisziplinären Studien zu Recht und Staat sind eine neue Folge des Jahrbuchs für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, das in den Jahren 1970–1993 beim Bertelsmann Universitätsverlag Reinhard Mohn bzw. Westdeutschen Verlag erschienen ist.

Bereits in den letzten Jahren gingen die Inhalte sachlichen Notwendigkeiten gehorchend zunehmend über die Bereiche Rechtssoziologie und Rechtstheorie hinaus. Fast immer wurden auch grundlegende Fragen der Rechtsphilosophie und Staatstheorie mitbehandelt. Dies soll im neuen Titel der Reihe zum Ausdruck kommen und noch ein anderes: die in den Jahrbuch-Bänden veröffentlichten Beiträge und Diskussionen haben durchweg fachübergreifenden Charakter. Sie sind überwiegend aus Tagungen hervorgegangen, die durch das *Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF)* der Universität Bielefeld gefördert wurden. Auch dies sollte in dem neuen Namen deutlich werden.

Überlingen/Bielefeld 1994

Die Herausgeber

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-3666-2

1. Auflage 2008

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Christoph Gusy</i> Vorwort	9
A. Vorbedingungen und Ausgangsfragen	
<i>Christoph Gusy</i> Verfassungsumbruch bei Kriegsende	15
<i>Marcus Llanque</i> Die Diktatur im Horizont der Demokratieidee. Zur verfassungspolitischen Debatte der Zwischenkriegszeit	52
<i>Wolfram Pyta</i> Antiliberaler Ideenwelt in Europa bei Kriegsende	86
<i>Thomas Raithel</i> Die Haltung von Eliten, Verbänden und Parteien. Überlegungen zur Stabilität und Instabilität parlamentarischer Demokratien zwischen den Weltkriegen	105
<i>Florian Meinel</i> Der Verfassungsumbruch bei Kriegsende in der Staatsrechtslehre 1918-1939	122
B. Stabile parlamentarische Demokratien	
<i>Karina Urbach</i> „Moscow is Making War on England“. Politische Ängste und antidemokratische Konzepte britischer Eliten in der Zwischenkriegszeit	144